

## **Peru vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen**

von **Markus Rosenberger**

Am 9. April 2006 werden fast 16 Millionen wahlpflichtige Peruaner dazu aufgerufen, ihre Stimmen für die Kandidaten zum Kongress und das Präsidentenamt abzugeben. Zwei Monate vor der Wahl gibt es mindestens zwei Favoriten für die Präsidentschaft: Die Christdemokratin Lourdes Flores des Mitte-Rechts-Wahlbündnisses Unidad Nacional und der vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez unterstützte Nationalist und Militarist Ollanta Humala. Auch die beiden Ex-Präsidenten Valentín Paniagua und vor allem Alan García könnten noch in das Rennen um die Präsidentschaft eingreifen.

### **Die aussichtsreichsten Kandidaten um die Präsidentschaft**

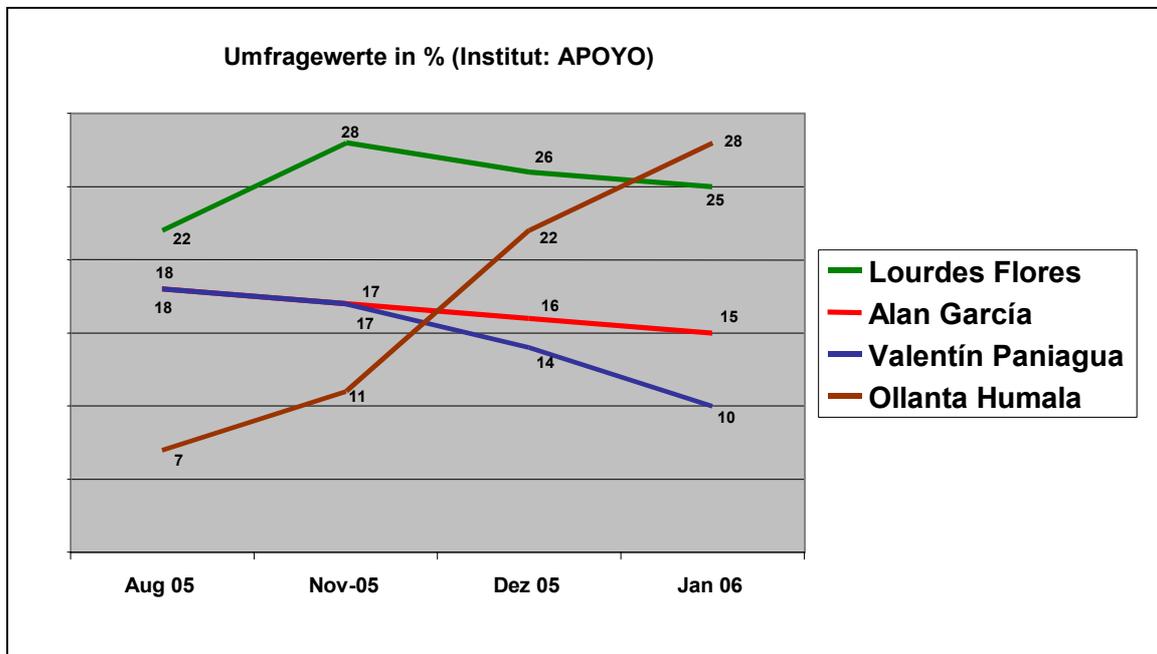
Von den derzeit 23 (!) Kandidaten um die Präsidentschaft dürften lediglich vier Bewerber eine realistische Chance haben, ab Mitte 2006 für fünf Jahre lang die Geschicke des Andenstaates zu lenken. Allen voran steht die 46-jährige promovierte Rechtsanwältin Lourdes Flores Nano. Die Christdemokratin führt seit fünf Jahren die Mitte-Rechts-Allianz Unidad Nacional an und verfehlte als Dritte der letzten Präsidentschaftswahlen (24,3% der abgegebenen Stimmen) nur um 1,5% den Einzug in die Stichwahl. Bereits mit 18 Jahren engagierte sich die unverheiratete Flores in der Christlichen Volkspartei PPC, studierte Zivil- und Handelsrecht an der Katholischen Universität in Lima und promovierte an der Alcalá-Universität in Madrid. Schon 1990 wurde sie in den Kongress gewählt, wo sie zehn Jahre lang vielbeachtete Oppositionsarbeit leistete. Seit 2003 hat die Vizepräsidentin der Organisation der Christdemokraten Amerikas (ODCA) neben dem Vorsitz der Unidad Nacional auch den Vorsitz ihrer Christlichen Volkspartei übernommen.

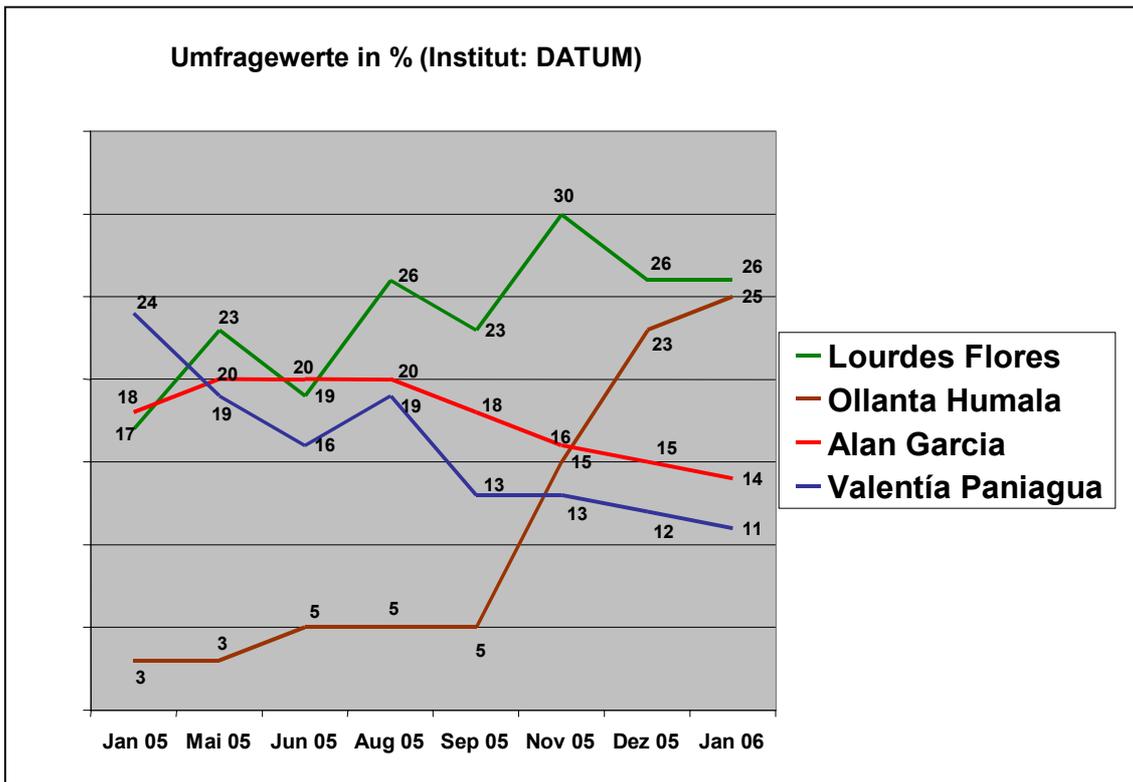
Schenkt man den Meinungsumfragen Glauben, so ist ihr schärfster Konkurrent der 42-jährige Ollanta Humala Tasso. Gegensätzlicher können zwei Kandidaten kaum sein: Humala steht für ein politisches Abenteuer mit ungewissem Ausgang – Flores für Kontinuität und Berechenbarkeit. Ollanta Humala, Oberstleutnant d.R. und ehemaliger Militärattaché in Paris und Seoul, ist Teil der ultranationalistisch-totalitären Humala-Bewegung. Er ist Kandidat der Union por el Perú (UPP). Die als extremistisch und systemfeindlich einzustufenden Humalas - Bruder Antauro sitzt nach einem Aufstand seit einem Jahr im Gefängnis; Bruder Ulises ist ebenfalls Präsidentschaftskandidat und als noch totalitärer einzustufen; Vater Isaac ist Gründer und geistiger Lenker der Humala-Bewegung – genießen die öffentliche Unterstützung des linkspopulistischen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und haben enge Verbindungen zu den Kokaanbauern (zur Conferencia Nacional de Productores Agropecuarios de las Cuencas Cocaleros del Perú - CONPACCP). Vor allem die Menschen im andinen Hochland nehmen Humala als Person mit sozialer Verantwortung wahr. Das Versprechen, das inkaische „Tahuantinsuyo“ wieder einzusetzen, steigert das Selbstwertgefühl der vernachlässigten und ausgeschlossenen indigenen Bevölkerung.

Für Außenstehende überraschend ist die relative Beliebtheit von Ex-Präsident Alan García Pérez (1985-1990). Der heute 57-jährige hatte Peru Ende der 80er Jahre mit einer linientreuen sozialistischen Wirtschaftspolitik eine akkumulierte Inflation von

zwei Millionen Prozent, den Verlust der internationalen Kreditwürdigkeit und das Fiasko des nahezu flächendeckenden Terrorismus beschert, also in den wirtschaftlichen und politischen Ruin geführt. Wie Phönix aus der Asche kehrte er kurz vor der letzten Präsidentschaftswahl aus seinem Exil in Kolumbien nach Peru zurück und wäre nach Einzug in die Stichwahl 2001 fast erneut Präsident geworden (46,9% der gültigen Stimmen). Der charismatische García liegt nach den Meinungsumfragen in Lauerstellung hinter Flores und Humala an dritter Stelle. Er verfügt mit seiner Partei APRA über die bestorganisierte peruanische Partei, die zudem als einzig Partei für sich beanspruchen kann, landesweite Präsenz zu haben.

Noch nicht völlig beerdigt hat ein weiterer Ex-Präsident seine Hoffnung, am 29. Juli 2006 zum zweiten Mal die Amtsgeschäfte übernehmen zu können. Valentín Paniagua, 69 Jahre alt, wurde als Übergangspräsident bekannt. Er war dem autoritären Ex-Präsidenten Alberto Fujimori gefolgt, als dieser Ende 2000 aus dem Land floh. Der aufgrund der Realisierung von sauberen Wahlen 2001 weithin geschätzte und respektierte Paniagua führt die Frente del Centro, einen Parteienzusammenschluss von drei kleinen Parteien der politischen Mitte, an. Er leidet vor allem unter der Schwierigkeit, mit der agilen, sympathischen, gradlinigen und dynamischen Lourdes Flores um die politische Mitte buhlen zu müssen.



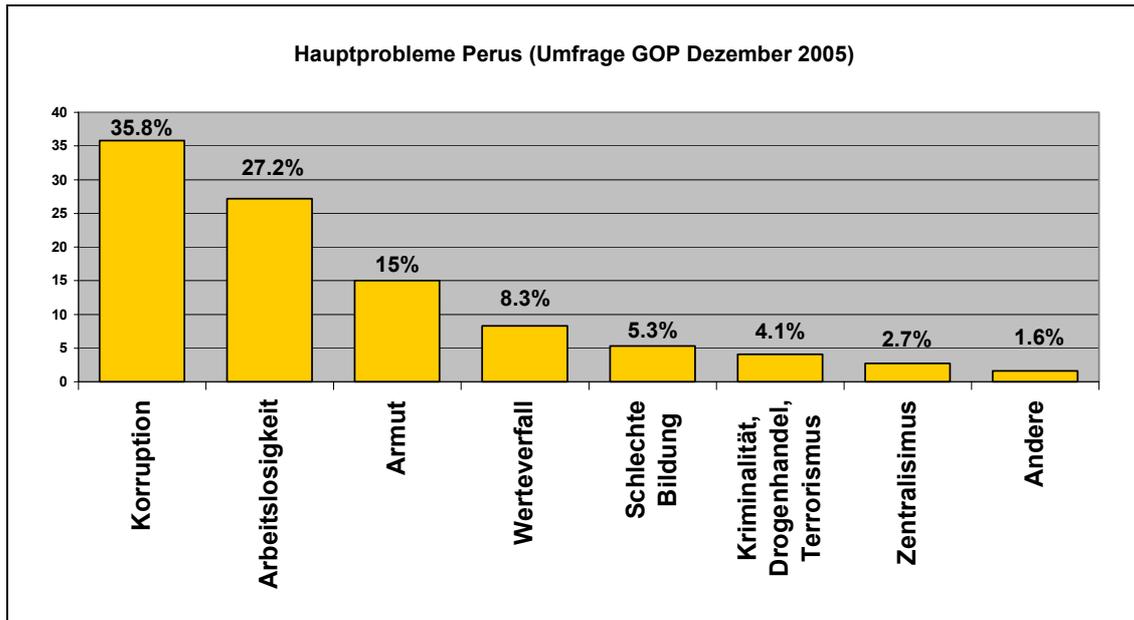


### Die Kandidatin des Fujimorismo und andere Außenseiter

Fast drei Jahre lang war Martha Chávez von der Ausübung ihrer Tätigkeit als Parlamentsabgeordnete suspendiert. Vor wenigen Wochen nun musste die Justiz sie rehabilitieren, da man ihr die vorgehaltene Bestechlichkeit nicht nachweisen konnte. Nun ist sie die Kandidatin der Alianza por el Futuro, einem Bündnis von zwei der drei Fujimori-Parteien (Cambio 90 und Nueva Mayoría). Auch wenn sie schwerlich zu den ernstzunehmenden Kandidaten zu zählen ist, so sind der Anhängerin des autoritären Ex-Präsidenten doch einige Prozentpunkte zuzutrauen. Weitere erwähnenswerte Kandidaten, jedoch allenfalls noch mit sehr unwahrscheinlichen Außenseiterchancen, sind Jaime Salinas (begabter Rhetoriker, von der Fujimori-Opferrolle seines Vaters profitierender Vertretertyp, Justicia Nacional), Alberto Borea (bis vor kurzem Vertreter Perus bei der Organisation Amerikanischer Staaten, Frente Democrático), Susana Villarán (ehemalige Familien- und Sozialministerin der Übergangsregierung, beliebt bei peruanischer Jugend, Vertreterin der sozialdemokratischen Convergencia Descentralista), Natale Amprimo (bekannter, relativ junger Parlamentsabgeordneter, Kandidat der Partei des finanzstarken Kongressabgeordneten César Acuña, Alianza para el Progreso), Rafael Belaunde (politischer Tausendsassa, Sohn des Ex-Präsidenten Belaunde, von der diskreditierten Regierungspartei Perú Posible aufgestellt) und Javier Diez Canseco (politischer Dinosaurier der Linken, Partido Socialista).

## Die zentralen Themen des Wahlkampfes - Was bewegt die Peruaner?

Noch wurde im Wahlkampf erstaunlich wenig über die programmatischen Vorschläge der Kandidaten und ihrer jeweiligen politischen Bewegung bzw. Partei gesprochen. Im Mittelpunkt standen persönliche Angriffe und Diffamierungen. Klar ist jedoch, dass es mindestens vier zentrale Themen gibt, die die Diskussion beherrschen werden: Bildung, Gesundheit, Arbeit und Sicherheit.



Das peruanische Bildungs- und Erziehungswesen ist in einer besorgniserregenden Situation. In der letzten lateinamerikaweiten Bildungsstudie – vergleichbar mit PISA – schnitten die peruanischen Schüler katastrophal ab. Man belegte den vorletzten Platz - schlechter war nur Haiti! Sowohl quantitativ (20 Wochen Unterricht im Jahr im Gegensatz zu 40 in Chile und Kolumbien) als auch qualitativ (sehr schlechtes Abschneiden vieler Schulabgänger beim Leseverständnis und einfachsten Mathematikaufgaben) liegt vieles im Argen. Die Regierung gibt lediglich 2,8% des BIP für Bildung aus und steht damit im lateinamerikanischen Vergleich am Ende der Rangskala.

Mit dem Gesundheitswesen steht es nicht viel besser. Nach wie vor leidet Peru unter einer für lateinamerikanische Verhältnisse hohen Kindersterblichkeit. Pro Person werden nur 97 US-Dollar im Jahr für die Gesundheitsversorgung ausgegeben (entspricht 4,8% des BIP). Nur die Hälfte der 28 Millionen Peruaner hat Zugang zu einer formell anerkannten Gesundheitsversorgungseinrichtung. Zehn Prozent sind vollständig vom Zugang ausgeschlossen. Zudem steht die staatliche Gesundheitsversicherung vor dem Kollaps.

Die offizielle Arbeitslosigkeit ist mit etwa zehn Prozent zwar niedrig, doch kann man davon ausgehen, dass mehr als die Hälfte der Menschen sich in informellen, unterbezahlten und kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen ohne jede soziale Absicherung befindet. Das Lohnniveau ist extrem niedrig. Von den jährlich ca. 350.000 neu auf den Arbeitsmarkt hinzukommenden Peruanern finden derzeit nur ca. 50.000 einen formellen Arbeitsplatz.

Wie in anderen Ländern so spielt auch das Thema Sicherheit – hier v.a. die innere Sicherheit – eine immer wichtigere Rolle in der Diskussion. Sorgen machen hier die häufig anzutreffende Straflosigkeit, die steigende Kriminalität, die Zunahme der mit Drogen zusammenhängender Delikte, die Korruption der Polizei und die Angst vor einem Wiedererstarken des Terrorismus in Verbindung mit der Drogenmafia.

### **Programmatische Vorschläge**

Gute zweieinhalb Monate vor der Wahl haben erst neun der 23 beim Nationalen Wahlgericht (Jurado Nacional de Elecciones) eingeschriebenen Kandidaten den Regierungsplan ihrer jeweiligen politischen Bewegung vorgelegt - darunter nur zwei der vier erwähnten aussichtsreichen Kandidaten. Ollanta Humala sieht nicht die Notwendigkeit, seine programmatischen Vorstellungen dem obersten Wahlorgan zu präsentieren. Er wolle, so Humala in einem Interview, den Menschen seine Vorstellungen etwa einen Monat vor den Wahlen direkt mitteilen. Alan García hält sich ebenfalls noch zurück.

#### ***Union por el Perú – Humala***

Bisher lassen sich die Aussagen Humalas lediglich als dumpfer Nationalismus beschreiben. So verkündete er, dass dem Humala-Erzfeind Chile jede weitere Investition in die Modernisierung der peruanischen Häfen und Flughäfen schwer gemacht werden müsse. Außerdem sollen die Zügel bei der Privatwirtschaft angezogen werden: Zusätzliche Steuern auf Gewinne und die Neuverhandlung von bereits abgeschlossenen Privatisierungen sind zwei der wenig Vertrauen erweckenden Forderungen. Dagegen klingt die Ankündigung der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung relativ harmlos. Keinen Zweifel lässt Humala an seiner Sympathie für die „bolivarianische Revolution“ seines politischen Vorbildes Hugo Chávez aufkommen. Erwähnenswert auch seine Aussagen zum nun von Evo Morales geführten Bolivien. Unter einer Humala-Regierung werde es eine für Lateinamerika einmalige Integration mit dem Nachbarstaat geben.

#### ***Frente del Centro – Paniagua***

Valentín Paniagua, Kandidat des Parteienbündnisses aus Somos Perú (Partei des langjährigen Limeñer Bürgermeisters Andrade), der Coordinadora Nacional de Independientes (neue Partei um den Wirtschaftsexperten Kisic) und seiner Partei Acción Popular (Regierungserfahrung 1980-1985 und 1963-1968), hat ein auf Nachhaltigkeit, Effizienz öffentlicher Stellen, Priorität der Bildung und technologische Innovationen ausgerichtetes Programm vorgelegt. Mit einem avisierten Wirtschaftswachstum von sieben Prozent pro Jahr wolle man mittelfristig die Armut im Lande bekämpfen. Insgesamt klingen die programmatischen Vorschläge besonnen, realistisch und

verhältnismäßig wirtschaftsfreundlich, ohne jedoch die Realität von Armut und extremer Armut sowie der Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile zu vergessen.

### ***APRA – García***

Alan García, wie 2001 Kandidat seiner sozialistischen APRA, ist zwar nicht der älteste der vier Favoriten. Jedoch kann er auf die meiste Wahlkampf Erfahrung, die meiste Regierungserfahrung und die meisten Wahlhelfer zählen. Clever ist daher auch seine Strategie zu bewerten, zuerst einen „Miniplan“ vorzulegen. Wissend, dass in einem Land wie Peru in der Regel nicht derjenige Kandidat gewinnt, der den besten Regierungsplan vorlegt, sondern wer die einfachsten, klarsten und überzeugendsten Botschaften und Versprechungen vorbringt, hat García ein gutes Dutzend „Notstandsmaßnahmen“ für die ersten 180 Tage einer möglichen APRA-Regierung versprochen. Diese Maßnahmen sollen in erster Linie das Vertrauen der Menschen in die neue Regierung festigen und so für soziale Stabilität sorgen. Das klingt nicht nur nach Populismus-Pur. Hier stichwortartig einige der geplanten Maßnahmen: sofortige Halbierung der Parlamentarierdiäten, Einstellung 20.000 neuer Polizisten zur Gewährleistung der inneren Sicherheit, Verdoppelung des Kapitals der staatlichen Agrarbank, Vergabe von 100.000 neuen Landtitel im ersten halben Jahr einer APRA-Regierung etc. Der „Miniplan“ sei jedoch lediglich die erste Phase der programmatischen Vorschläge. Die noch zu erarbeitenden umfassenden Pläne sollen dann „individuell“ auf jede der 25 Regionen des Landes angepasst werden. (Damit wurde bereits in einigen Fällen begonnen.) Garcías größte Schwierigkeit dürfte sein, die Menschen zu überzeugen, dass er die Ankündigungen auch wirklich umsetzen wird. Sehr viele Menschen im Lande glauben dem Ex-Präsidenten nach den schlechten Erfahrungen der 1980er Jahre schlicht kein Wort mehr.

### ***Unidad Nacional – Flores***

Lourdes Flores konnte sich schon lange vor der Erstellung und Präsentation des Regierungsplans der UN, der Alianza Electoral Unidad Nacional (Partido Popular Cristiano, Solidaridad Nacional und Renovación Nacional), im Themenkomplex Bildung und Erziehung profilieren und positionieren. So war es nur logisch, dass die Schwerpunkte des Regierungsplans Bildung, Gesundheit, sparsamer und effizienter Umgang mit öffentlichen Mitteln und innere Sicherheit wurden. Beim UN-Regierungsplan handelt es sich im wesentlichen um den Plan des PPC, der im Laufe des Jahres 2005 im ganzen Land von örtlichen PPC-Vertretern gemeinsam mit nationalen Mandatsträgern und externen Experten erstellt wurde. Diese Basis- und Provinzbeteiligung ist deutlich spürbar. Im Vergleich zum Regierungsplan aus dem letzten Wahlkampf wird dem sozialen Ausgleich wesentlich mehr Raum eingeräumt. Das Kapitel „Soziale Aspekte“ wurde an den Anfang gestellt. Der mehr als 100-seitige UN-Regierungsplan stellt jeweils eine Kurzdiagnose der derzeitigen Situation im Lande den UN-Lösungsvorschlägen gegenüber. Sowohl die Entstehung als auch der Fokus des UN-Plans wird in Fachkreisen lobend kommentiert. Ob es Lourdes Flores jedoch gelingen wird, die Botschaften leicht und verständlich darzustellen, ist noch unklar. Schon jetzt versucht die Konkurrenz, sie als die Kandidatin der „Rechten“ und der „Oligarchie“ darzustellen.

## **Wahlsystem und Parteiengesetz – die rechtlichen Rahmenbedingungen**

Die peruanische Verfassung schreibt vor, dass alle fünf Jahre der Präsident und der Kongress der Republik in freier und geheimer Wahl bestimmt werden müssen. Bis zum 70. Lebensjahr ist die Stimmabgabe für jeden Bürger obligatorisch, danach fakultativ. Der Präsident kann einmal direkt wiedergewählt werden, worauf der derzeitige Präsident Alejandro Toledo schon früh verzichtet hat. Der Präsident muss die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erreichen. Ist dies im ersten Wahlgang nicht der Fall, wird ein zweiter Wahlgang zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen erforderlich. Diese Stichwahl muss spätestens 30 Tage nach Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses erfolgen.

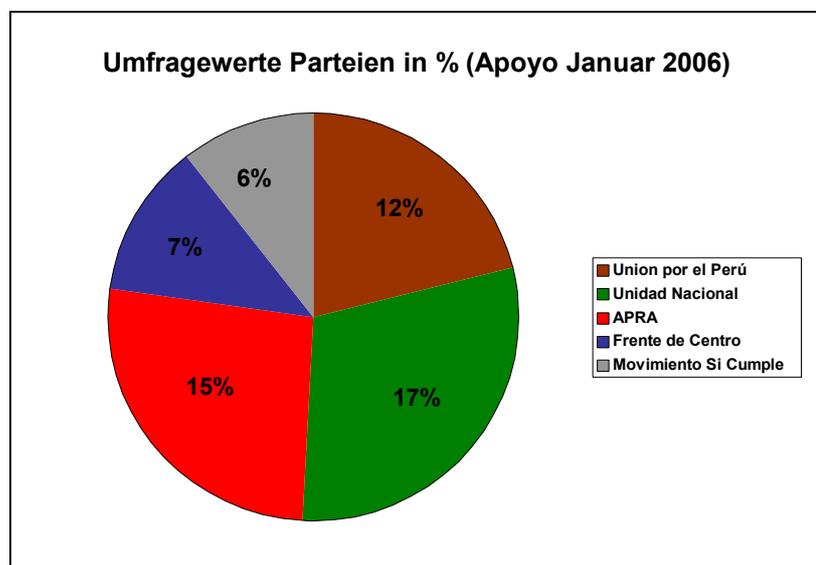
Der Kongress wird gleichzeitig mit der ersten Präsidentschaftswahlrunde neu gewählt und ist die einzige Kammer. Er setzt sich aus 120 Abgeordneten zusammen. Die Kandidatur um das Amt des Präsidenten schließt eine gleichzeitige Kongresskandidatur aus. Es wird nach dem Wahlkreissystem gewählt, welches 2001 das System nationaler Listen ablöste. Das garantiert zumindest eine quantitativ bessere Vertretung der Provinzen gegenüber der alles beherrschenden Metropole Lima. Das Wahlkreissystem teilt allen Provinzen eine bestimmte, von der Höhe der Einwohner abhängige Zahl an Kongresssitzen zu. Neu sind in 2006 vor allem zwei Dinge. Da ist zum einen die Einführung einer 4-Prozent-Hürde für den Einzug in den Kongress. Ziel dieser Neuerung ist es, die zu erwartende Fragmentierung einzudämmen. Die zweite große Neuerung ist die Aufhebung des Wahlteilnahmeverbots für Mitglieder der Polizei und des Militärs – immerhin insgesamt 140.000 Wähler.

Die Verabschiedung des ersten Parteiengesetzes in der Geschichte des Landes vor gut zwei Jahren sollte die parteiinterne Demokratie stärken, für mehr Transparenz sorgen und Licht in die Finanzierungsquellen der Parteien bringen. Die diskreditierten politischen Parteien erhofften, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Kurzfristig wird diese gesetzliche Regelung die Kurzlebigkeit, Visionslosigkeit und Organisationsschwäche der peruanischen Parteien nicht ändern können. Eine erste Bilanz fällt sehr zwiespältig aus. Trotz erheblicher Hürden erreichten 33 (!) Parteien die Einschreibung und damit die Möglichkeit, an den Wahlen teilzunehmen. Realistisch geschätzt befinden sich unter diesen 33 maximal zehn politische Gruppierungen, die nach objektiven Maßstäben den Namen Partei verdienen. Hier versagte das neue Gesetz bzw. dessen Auslegung durch den Jurado Nacional de Elecciones ganz offensichtlich. Unbestrittene Fortschritte wurden bei der Implementierung parteiinterner Demokratie erzielt (erstmalig wurden einige Präsidentschaftskandidaten, wie z.B. beim PPC, durch eine von der nationalen Wahlbehörde überwachte Urabstimmung gewählt). Es deutet einiges darauf hin, dass auch bei der Offenlegung der Finanzquellen Fortschritte erzielt worden sind.

## Sorgenkind Parlament

Ohne Zweifel steht die Präsidentschaftswahl im Zentrum des öffentlichen Interesses und der Aufmerksamkeit. Die gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Kongress spielen nur eine untergeordnete Rolle. Erschwerend kommt hinzu, dass die Volksvertreter fast allen Kredit bei ihren Wählern verloren haben. In einer landesweiten Umfrage äußerten sich 94 Prozent der Befragten extrem unzufrieden mit ihren Kongressabgeordneten. Eine große Mehrheit der Peruaner lehnt gar die Möglichkeit der Wiederwahl für Abgeordnete ab. Dazu hat das skandalöse Auftreten einiger Abgeordneter, die unverhältnismäßig hohen Bezüge, die fehlende Fraktionsdisziplin (ein Viertel der Abgeordneten hat seit Beginn der Legislatur die ursprüngliche Fraktion verlassen) und die Willkürlichkeit des Abstimmungsverhaltens beigetragen. Viele Parteien werben daher dafür, nur neue Kandidaten aufzustellen.

Aufgrund der 4%-Hürde erwartet man den Einzug von mindestens fünf Gruppierungen: Unidad Nacional, APRA, UPP, Frente del Centro und die Vertreter des Fujimorismo:



Bei der Lektüre des Diagramms wird schnell deutlich, welche Schwierigkeit auf die neue Regierung zukommen wird. Alles andere als eine Minderheitsregierung – unter einer solchen litt bereits die derzeitige Regierung – wäre eine Überraschung. Das bürgerliche Lager aus UN und Frente del Centro käme auf maximal ein Drittel der Stimmen. Die Zahl der für Humalas UPP einziehenden Kongressabgeordneten ist schwer vorhersehbar. Doch dürften es zwischen 15 und 30 sein. Eine gleich große Gruppe müsste die APRA stellen. Bleiben noch die Anhänger Fujimoris. Hier gehen die Schätzungen sehr auseinander. Zahlen zwischen fünf und 20 Prozent sind zu hören.

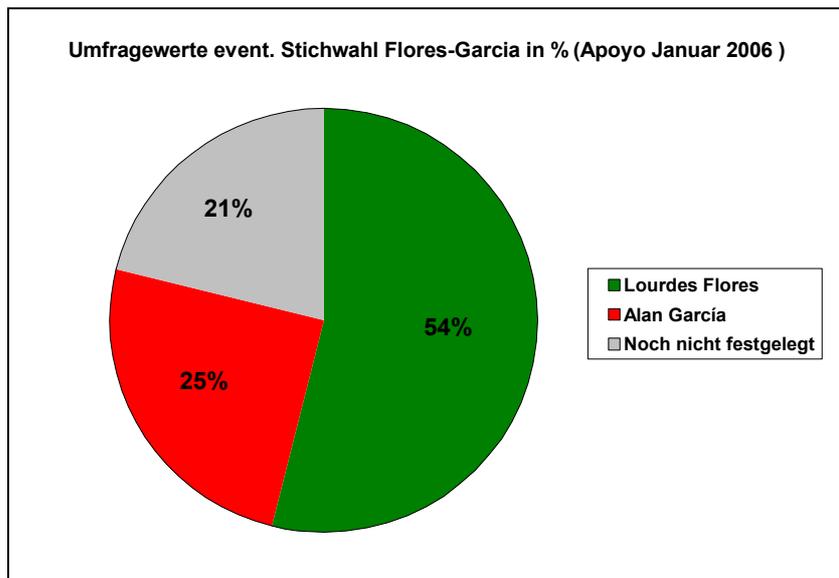
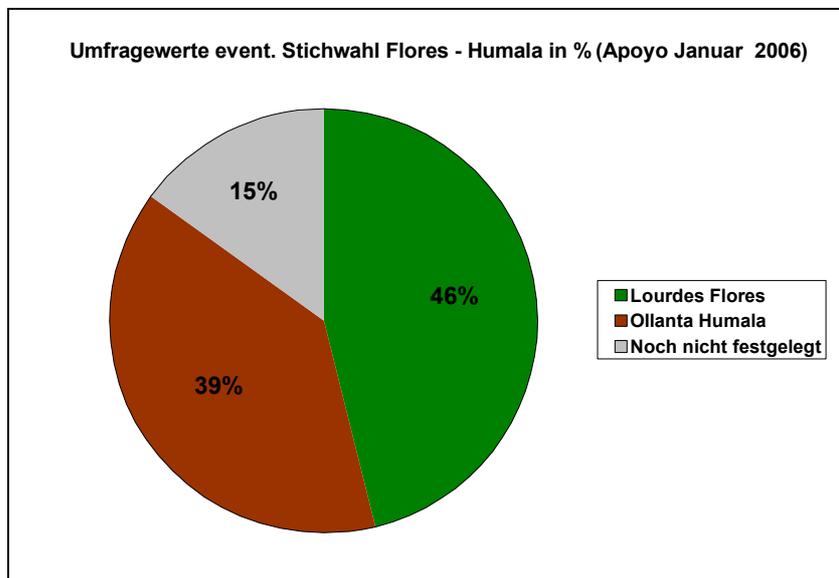
Erstmals werden am 9. April auch fünf Vertreter für das neue Andenparlament gewählt. In der Öffentlichkeit spielt dieser Aspekt der Wahl jedoch keine Rolle.

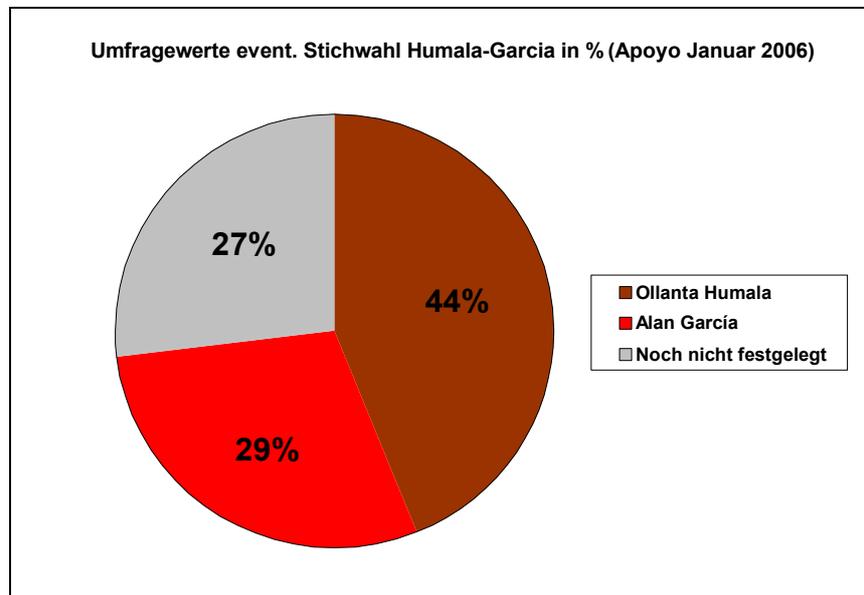
### Ausblick

Wie gewagt eine Prognose über den Wahlausgang zum jetzigen Zeitpunkt ist, macht die Aussage des Leiters der Wahlforschungsabteilung der Universidad de Lima, Luis

Benavente, deutlich. Laut Benavente entscheidet sich in Peru die Hälfte aller Wähler erst in den letzten zehn Tagen vor der Wahl! Andere Experten gehen davon aus, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt bereits etwa die Hälfte der Wahlpflichtigen entschieden hat. Tatsache ist, dass es derzeit noch reichlich Bewegung bei den Umfragen gibt. Relativ konstant waren im letzten halben Jahr lediglich Lourdes Flores (22-28%) und Alan García (15-18%). Ollanta Humala beispielsweise war vor einem Jahr noch so gut wie unbekannt.

Verhältnismäßig sicher ist, dass keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Das bedeutet eine zweite Runde, vor der die Karten neu gemischt werden. Welche Konstellationen und Koalitionen nach dem 9. April entstehen, wer wem welche Angebote bzw. Regierungsbeteiligungen unterbreitet, das alles weiß derzeit niemand. Einiges deutet darauf hin, dass die Christdemokratin Flores bei einem Einzug in die zweite Runde die besten Karten hätte:





Die Fragmentierung des Kongresses ist schon jetzt vorprogrammiert. Eine wichtige Frage wird daher sein, wie das bürgerliche Lager von Unidad Nacional und Frente del Centro mit der ungeliebten APRA umgehen wird? Wird es ein Not- bzw. Zweckbündnis der „Demokraten“ gegen die „Humalistas“ und „Fujimoristas“ geben? Oder werden – wie so oft in der peruanischen parlamentarischen Geschichte – persönliche Interessen vor die Interessen des Landes gestellt?

Es bleibt zu hoffen, dass sich der Wahlkampf in den verbleibenden zwei Monaten den wichtigen Themen des Landes zuwendet und die Peruaner eine Vorstellung der unterschiedlichen programmatischen Vorschläge bekommen. Noch sind die Menschen im Lande ganz offensichtlich hin und her gerissen zwischen dem das Neue, Ungewisse und Unverbrauchte repräsentierenden Humala-Abenteurer und der das Traditionelle, Kontinuierliche und Berechenbare repräsentierenden Kandidatin Lourdes Flores.